

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 11. November 2019; Bericht

Am 11. November 2019 nahm ich in Brüssel an der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) teil.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten rezente Entwicklungen in Zusammenhang mit Bolivien, Venezuela, Syrien, den türkischen Bohraktivitäten im östlichen Mittelmeer, Libanon, Hongkong, der Sahelzone und Irak an. In Bezug auf Libyen informierte der deutsche Außenminister Maas über eine für Dezember geplante Konferenz in Berlin. Bezüglich der türkischen Bohraktivitäten im östlichen Mittelmeer wurde der Ratsbeschluss und die Verordnung zu restriktiven Maßnahmen durch den Rat angenommen.

Der Tagesordnungspunkt Afghanistan wäre für den RAB am 14. Oktober 2019 vorgesehen gewesen, war aber auf den RAB am 11. November 2019 verschoben worden. Die Diskussion behandelte die aktuelle Situation, insbesondere in Bezug auf die für 14. November 2019 erwartete Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen vom 28. September 2019 sowie den Abbruch der Gespräche zwischen USA und Taliban. Daneben wurden auch die internationale Zusammenarbeit und die Ausgestaltung des EU-Engagements in Afghanistan besprochen.

Der Tagesordnungspunkt zur regionalen Sicherheit am Golf/Iran behandelte rezente Entwicklungen in der Golfregion unter besonderer Berücksichtigung des Irans. In Bezug auf den Iran wurde die Bedeutung von Deeskalation, eines fortgesetzten Dialogs bei gleichzeitiger Geschlossenheit der EU betont sowie die Bedeutung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) unterstrichen. In Bezug auf die Golfregion wurden insbesondere die aktuelle Situation im Irak und Libanon behandelt, sowie auch rezente Signale für eine Verbesserung der Lage im Jemen. Weiters wurde die Freiheit der Schifffahrt am Persischen Golf diskutiert.

Der Tagesordnungspunkt Sudan diente der Vorbereitung des anschließenden Arbeitsmittagessens mit dem sudanesischen Premierminister Abdala Hamdok. Die EU brachte gegenüber Premierminister Hamdok ihre Unterstützung für die neue Regierung und die zivile Transition inklusive der Beteiligung von Frauen und Jugendlichen sowie die Bereitschaft zu finanzieller Unterstützung zum Ausdruck.

Der Rat nahm den Beschluss (GASP) 2019/1894 vom 11. November 2019 über restriktive Maßnahmen angesichts der nicht genehmigten Bohrtätigkeiten der Türkei im östlichen Mittelmeer, die Verordnung (EU) 2019/1890 vom 11. November 2019 über restriktive Maßnahmen angesichts der nicht genehmigten Bohrtätigkeiten der Türkei im östlichen Mittelmeer, den Beschluss (GASP) 2019/1893 vom 11. November 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2017/2074 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela, die Verordnung (EU) 2019/1889 vom 11. November 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2063 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela, sowie die Durchführungsverordnung (EU) 2019/1891 vom 11. November 2019 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2063 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Venezuela an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. Dezember 2019

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister